

4. Die seinerzeitige Beseitigung des Heimatrechtes hat dazu geführt, daß von Jahr zu Jahr immer mehr die zum Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft erforderlichen Unterlagen fehlen. Der Österreichische Gemeindebund hält es deshalb für notwendig, den Staatsbürgerschaftsnachweis auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen. Er wird der Bundesregierung praktische Vorschläge vorlegen.

5. Die Lärmplage hat sich zu einer Seuche entwickelt, die die Gesundheit und das Wohlbefinden der betroffenen Menschen schädigt, das menschliche Zusammenleben gefährdet und das Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzt. Die stärksten Lärmquellen sind die Erzeugnisse der Technik. Die Technik kann diesen Lärm weitgehend ausschließen oder beschränken. Soweit dies nicht geschieht, obliegt es dem Staat, die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärmes zu ergreifen. Es muß also gefordert werden, daß die zur Bekämpfung des Lärmes notwendigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften des Straßenpolizeirechtes und des Gewerberechtes, entsprechend erweitert werden.

Im übrigen tut eine Planung gegen den Lärm not. Die Praxis der Lärmbekämpfung wird im wesentlichen auch eine Aufgabe der Gemeindeverwaltungen sein. Zur Unterstützung der Durchführung dieser Aufgaben wird der Gemeindebund in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Stellen der Gemeinden ein Merkblatt für die Lärmbekämpfung in die Hand geben.

6. Um das Studium kommunalwissenschaftlicher Probleme an den österreichischen Hochschulen anzuregen und zu fördern, stiftet der Österreichische Gemeindebund hiermit einen Preis von S 5000.—, der jährlich für die beste oder zwei besten Dissertationen über Kommunalfragen zuerkannt wird.

7. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Abhaltung eines Weltflüchtlingsjahres beschlossen, mit dem Ziele, das Weltinteresse am Flüchtlingsproblem neu zu entfachen, zusätzliche finanzielle Hilfe aufzutreiben und zusätzliche Möglichkeiten zu Dauerlösungen durch freiwillige Repatriierung, Ansiedlung oder Umsiedlung zu finden. Der Gemeindebund fordert die österreichischen Gemeinden auf, alle von dem österreichischen Komitee für das Weltflüchtlingsjahr in nächster Zeit zur Durchführung kommenden Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen.

8. Neuregelung der Finanzierung des Gemeindestraßenbaues, insbesondere durch eine Übernahme der Kosten der Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen durch den Bund und eine besondere Förderung der entwicklungsbedürftigen Gebiete.